

KGW's Rundschreiben



26.10.2016
Seite 1 von 5

Deutschland in Europa und der Welt

Die 1957 gegründete europäische Wirtschaftsgemeinschaft mündete nahtlos in die EU. Die Idee der damaligen Staatschefs zum ökonomischen Zusammenwachsen Europas war sicher nicht verkehrt. Man wollte einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsraum schaffen und den Weltmächten Paroli bieten. Dazu gab man sich gemeinsame Regeln. Der gemeinsame Euro mit der durchgepeitschten Währungsunion hat sich immer mehr (bis heute) als kapitaler Geburtsfehler herausgestellt. Die gemeinsamen, flankierenden Stabilitätsregeln, welche die geistigen Vordenker der EU mit ihren Händen aufbauten, sind zwischenzeitlich mit dem Hinterteil (allen voran Deutschlands) umgeworfen worden. Man kann sagen, dass der Maastricht-Vertrag in Sachen Schuldengrenze Makulatur ist. Immer noch gilt „Pacta sunt servanda“ (Verträge sind einzuhalten). Auch den französischen Präsidenten, Francois Hollande, stört das Ganze nicht, denn er hat kürzlich öffentlich zugegeben, dass er nicht daran denkt, die im Maastricht-Vertrag vereinbarten Stabilitätskriterien der EU einzuhalten. Für südliche Länder (wie Spanien, Griechenland, Italien, Portugal) sind solche Handlungsweisen der Aufruf zum Schuldenmachen. Im Zusammenspiel mit der Finanzkrise war es nicht möglich, den gemeinsamen Euro abzuwerten und schlussendlich wurde ihm das zum Verhängnis. Die EU-Gemeinschaft, die für Demokratie und Menschenrechte einsteht, hat durch die Flüchtlingspolitik weitere Kratzer bekommen. Unterschiede der Volkswirtschaften in der EU zeigen, dass Europa noch weit davon entfernt ist, zusammenzuwachsen. Viele sehen in der EZB einen Sündenbock, dem mit seiner Nullzinspolitik nicht der große Wurf geglückt ist. Andere sehen sie als Reparaturbetrieb der versucht, die Volkswirtschaften anzuschieben, die nicht zu Reformen bereit sind. Ein Rezept für den „Koma-Patienten“ Griechenland gibt es nicht. Weitere Milliardenzahlungen sind aber sicherlich nicht die Lösung. Portugal hat 2014 den EU-Rettungsschirm verlassen aber es zeichnet sich ab, dass man bald wieder einen neuen benötigt. Die sozialistische Regierung hat Ende 2015 den Sparkurs mit einer expansiven Ausgabenpolitik angekurbelt und somit die geplanten Sparmaßnahmen aufgehoben. Spanien hat seit 8 Monaten keine politische Führung. Für 2017 liegt noch kein Haushaltsplan vor. Obwohl die Spanier die Konvergenzgrenze (Defizit max. 3 %) gerissen hat, erfolgte keine Bestrafung durch Brüssel. In Italien ist man damit beschäftigt, sein Bankensystem auf gesunde Füße zu stellen. Es gibt weitere Probleme, aber diese wenigen Beispiele zeigen, dass Europa nur Bestand haben kann, wenn die südlichen Staaten gerettet werden. Der verstorbene Altbundeskanzlerin Helmut Schmidt hat oft darauf hingewiesen, dass sich Europa wirtschaftlich nicht isolieren darf, damit es geopolitisch nicht an Gewicht verliert. Ein Autoritätsverlust würde die Wirtschaftsmacht EU global schwächen.

Dazu gehört auch, dass Europa Freihandelsabkommen braucht, um seinen Status zu halten und zu stabilisieren. Am 24.10.2016 sollte die Entscheidung über den EU-Handelspakt mit Kanada (CETA) fallen. Die Wallonen (Belgien) bekräftigten zwischenzeitlich allerdings erneut ihre Ablehnung, weshalb die kanadische Handelsministerin, Chrystia Freeland, früher als geplant abreiste. Die starre Haltung begründen die Wallonen mit der hohen Zahl der Arbeitslosigkeit und damit verbunden mit Nachteilen für die heimische Wirtschaft. Das Gipfelgespräch mit dem kanadischen Ministerpräsident Justin Trudeau in Brüssel und die anschließende Unterzeichnung des Vertrages, die für den 27.10.2016 geplant war, ist damit gegenstandslos geworden. Welche Ergebnisse die Politik in künftigen Freihandelsabkommen mit Australien, Staaten Asiens, Südamerikas und Neuseeland erzielen wird, bleibt abzuwarten. Wird die Politik der Europäer darauf hinauslaufen, sich zu isolieren statt sich in wirtschaftlichen Belangen zu öffnen, wird der künftig zu erzielende Wohlstand in Europa gefährdet. Man muss ein Rezept finden, die wachsenden Ungleichheiten zwischen den europäischen Volkswirtschaften anzupassen, sonst wird die Gemeinschaft auf Sicht scheitern. Allen voran der Euro, dem der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz nur dann eine Chance gibt, wenn die Regeln geändert werden. Zur Anpassung schlägt er vor:

- Abschaffung des Konvergenzkriteriums (die Defizite müssen unterhalb von 3% des Bruttoinlandsproduktes liegen)

- Ersetzung der Sparmaßnahmen durch eine Wachstumsstrategie und einen Solidaritätsfonds zur Stabilisierung
- Einführung einer gemeinsamen Schuldenaufnahme (z.B. Euro-Bonds) und die Abschaffung des krisenanfälligen Systems, innerhalb dessen die Länder Kredite in einer Währung aufnehmen müssen, über die sie keine Kontrolle haben
- Eine bessere Lastenverteilung während des Anpassungsvorgangs, im Zuge dessen die Länder mit Leistungsbilanzüberschüssen die Löhne und Haushaltsausgaben erhöhen und damit gewährleisten, dass ihre Preise schneller steigen als in den Ländern mit Leistungsbilanzdefizit
- Mandatsveränderung der EZB
- Einführung von Elementen einer „Bankenunion“. Eine gemeinsame Einlagensicherung müsste verhindern, dass Geld aus Problemländern abgezogen wird.
- Förderung einer Industriepolitik die sicherstellt, dass die Schlusslichter der Eurozone mit den besser gestellten Ländern im Norden mithalten können

Noch sind die europäischen Politiker (allen voran Angela Merkel) in der Lage, das „wackelige Haus Europa“ aufrecht zu erhalten. Es wird wohl am unterschiedlichen Willen der Politiker liegen, das auch in Zukunft zu tun. Es werden die Stimmen immer lauter, die das jetzige politische Durchwurschteln ablehnen und eine Trennung (auch wenn sie teuer wird) favorisieren.

In Zeiten der Digitalisierung verteilt die EU kurz vor Weihnachten bereits Geschenke. Zum 18. Geburtstag soll es ein Interrail-Ticket geben und es sollen keine Roaminggebühren mehr beim Telefonieren innerhalb der EU anfallen. Dass das ganze mit Steuergeldern finanziert wird, ist selbstverständlich. Die Frage ist nur, was das einem 18-jährigen ohne Arbeitsplatz in Spanien, Italien oder Griechenland bringen soll. Der deutsche Jugendliche mit Arbeit hat kein Problem, das Geld für ein Interrail-Ticket selbst aufzubringen.

Eine Staatengemeinschaft wie die EU hat eine gemeinsame Basis, das Vertrauen auf Gegenseitigkeit. Es scheint, dass man dieses Wort sehr klein schreibt und die einzelnen Staaten versuchen, sich die größte Rosine aus dem EU-Kuchen zu picken. Europa hat viel erreicht: Wohlstand, Bewegungsfreiheit und vor allem einen lang anhaltenden Frieden (was keine Selbstverständlichkeit ist). Wenn aber die Staatengemeinschaft die Verteilung der Flüchtlinge nicht geregelt bekommt, hat man etwas falsch gemacht. Schlussendlich hat das zum Brexit des britischen Königreiches geführt. Dass deren Bewohner in Zukunft mehr Schwierigkeiten bekommen werden, den erarbeiteten Status aufrecht zu erhalten, als die Bürger der verbliebenen Staaten, muss man nicht erwähnen. Die englischen Politiker, die heute bereits für eine Abschaffung des metrischen Systems plädieren, sollte man fragen, ob es nicht wichtigere Themen gibt, als 1 Pint Bier in 0,568 Litern oder – wie in den USA – 0,473 Litern abzurechnen. Vielmehr sollte daran gedacht werden, wie England die ausstehenden Zahlungen an Brüssel ausgleicht – und das ausschließlich in Euro.

Wenn man die Missstände in Europa anspricht, denkt man automatisch an die Reformierung des Haushalts der EU. Von 2014 bis 2020 entfallen 29 % auf Agrarsubventionen und 34 % auf regional- und strukturpolitische Programme. Natürlich ist jedes Land daran interessiert, für sich selbst möglichst viele Zuwendungen zu bekommen. Warum allerdings ein Projekt zur Entwicklung wirtschaftlicher und sozialer Strukturen in Dortmund (1,5 Millionen) gefördert wird, oder ein Hallenbad in Pforzheim (3,2 Millionen), bleibt unverständlich. Beispiele hierzu gibt es noch reichlich. Sinn machen würde es nur, wenn Maßnahmen finanziert werden, die einen europäischen Mehrwert schaffen. In der Welt muss Europa attraktiver gemacht werden. Der verstorbene Hans-Dietrich Genscher wusste wovon er sprach, als er sagte: „Europa ist unsere Zukunft. Eine andere haben wir nicht!“

Den heutigen Status und wirtschaftlichen Aufschwung hat sich China mit einem gigantischen Schuldenberg erkaufte. Die Bank für internationalen Zahlungsausgleich warnt, dass die Kreditblase größer ist als bei der USA zu den Zeiten des Immobilienbooms. Man erwartet zwar keine Finanzkrise, aber soziale Unruhen könnten die Machtarbeiter in Fernost doch unruhig werden lassen. Staatliche Investitionsoffensiven haben zu Überkapazitäten in einigen wichtigen

Branchen des Landes geführt. Das wiederum schwächt nicht nur private Unternehmen, sondern auch das Wirtschaftswachstum und somit den Anstieg des Wohlstandspotentials bei der Bevölkerung. Auf Druck Amerikas wurde der chinesische Yuan ab 01.10.2016 in den Währungskorb des IWF aufgenommen. Das veränderte die Anteile zugunsten Europas, während der US-Dollar lediglich 0,2% abgeben musste, um damit noch einen Anteil von 41% zu halten. Wenn man sich allerdings die Stimmrechte der jeweils Beteiligten an der Weltwirtschaft anschaut (wobei Europa leider nicht mit einer Stimme spricht), sind die heutigen Strukturen überaltert und dringend reformbedürftig. Brüssels Kommissare sollten aber andere Ansatzpunkte finden, als sich mit der Frage zu beschäftigen, wie man Chinas Wirtschaftsmacht künftig eindämmen kann.

Marktsituation für rost- und säurebeständige Edelstahlbleche und -bänder

Wenn man immer wieder das gleiche schreibt, nämlich von einem nicht auskömmlichen Edelstahlmarkt, ist das für den Leser sicherlich recht ermüdend. Leider aber entspricht es den Tatsachen und noch schlimmer ist, dass es keine Aussicht auf wesentliche Verbesserungen gibt. Die Nachfrage nach rost- und säurebeständigen Flachprodukten trifft auf Überkapazitäten. Diese wiederum münden in nicht auskömmlichen Niedrigstpreisen.

ThyssenKrupp-Chef Hiesinger würde sich gerne komplett vom Stahlgeschäft trennen. Der Halbjahresgewinn (Geschäftsjahr 2015/16) von ThyssenKrupp mit den europäischen Stahlwerken in Höhe von ca. 115 Millionen Euro ist ihm zu wenig. Um die Kapitalkosten zu verdienen, benötigt man mindestens 500 Millionen Euro. Die von Konzernchef Hiesinger angestrebte Fusion mit dem indischen Konzern Tata (Nummer 5 der Welt) ist noch längst nicht in trockenen Tüchern. Die britische Regierung müsste dazu die Pensionslasten der Tata-Werke auf der Insel in Höhe von ca. 830 Millionen Euro übernehmen. Dazu gibt es bisher aber von Premierministerin Theresa May noch keine Zustimmung, denn damit wäre automatisch auch ein Verlust von ca. 11.000 Arbeitsplätzen verbunden.

Das Handelsblatt veröffentlichte am 19.10.2016 (auf einer ganzen Seite) einen offenen Brief von 58 Vorständen und Vertretern der europäischen Stahlindustrie, der an die Staats- und Regierungschefs gerichtet war. Sie bitten (stellen keine Forderung) um Unterstützung bei den Themen: marktwirtschaftlicher Status Chinas / handelspolitische Schutzmaßnahmen: effektivere und schnellere Maßnahmen zur Wiederherstellung fairen Handels / Emissionshandel: keine Kostenbelastungen jenseits der wirtschaftlichen und technischen Machbarkeit.

Die EU hat weitere Strafzölle verhängt, um warmgewalzte Stahlerzeugnisse aus China abzuwehren. Die Anti-Dumping-Zuschläge belaufen sich auf bis zu 23 %. Für Grobbleche gibt es bereits Anti-Dumping-Zölle von ca. 65-75 %. Sie sollen für mindestens 6 Monate Gültigkeit haben.

ThyssenKrupp betreibt das Werk in Brasilien seit 2010. Aber erst kürzlich erhielt man eine dauerhafte Betriebsgenehmigung. Die Umweltbehörde des Bundesstaates Rio de Janeiro gab fehlende Umweltschutzmaßnahmen für die Nichterteilung der Genehmigung an. Bisher ist es nur ein Traum von Heinrich Hiesinger, dieses defizitäre Stahlwerk zu verkaufen.

Die Rohstoffmärkte

Auf den Philippinen (einem der wichtigsten Nickellieferanten) wurden zwischenzeitlich 10 Minen stillgelegt und es sollen noch 20 weitere geschlossen werden. Das führt aber bisher noch zu keinem Engpass bei der Nickelversorgung, denn die Läger in Shanghai und London sind gut gefüllt.

Eine verlässliche Prognose zum Nickelpreis bis Jahresende gibt es nicht. Gefühlsmäßig muss man sagen: viel wird sich nicht bewegen. Wenn es zu Bewegungen kommt, dann nach oben.

Die Ferrochrom-Preise sind bis Jahresende fix. Die von den Minenbetreibern durchgesetzten Preiserhöhungen wirken sich so aus, dass der LZ zum November und Dezember steigen wird. Molybdän wird sich bis Jahresende nur unwesentlich verändern.

Wer die Wahl in den USA gewinnt – das bleibt abzuwarten. Und ob sich daraus Preisveränderungen für die Rohstoffe ergeben, ebenfalls.

Währungen und Rohstoffe im Vergleich

Datum	Devisenkurs € / US-\$	Kassapreis Nickel (LME)	3 Monats-Preis Nickel (LME)	Nickel-Bestand LME	dt. Kassapreis Nickel €/100 kg	dt. Kassapreis Molybdän €/100 kg
02.01.2015	1.191	14.880	15.000	414.900	1.237	1.746
04.01.2016	1.0790	8.515	8.565	441.342	781	1.101
01.02.2016	1.0887	8.450	8.525	446.676	776	1.103
01.03.2016	1.0842	8.535	8.565	439.932	785	1.122
01.04.2016	1.1398	8.380	8.415	431.802	733	1.067
03.05.2016	1.1507	9.555	9.575	417.504	826	1.176
01.06.2016	1.1159	8.325	8.365	401.508	745	1.369
01.07.2016	1.1136	9.535	9.580	379.566	857	1.529
01.08.2016	1.1176	10.705	10.775	372.954	959	1.434
01.09.2016	1.1195	9.750	9.800	369.096	874	1.480
03.10.2016	1.1217	10.185	10.230	362.004	910	1.388
25.10.2016	1.0889	10.255	10320	362.424	943	1.402

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ 2015 €/to	Höchste LZ 2015 €/to	Jan 2016 €/to	Feb 2016 €/to	Mrz 2016 €/to	Apr 2016 €/to	Mai 2016 €/to	Jun 2016 €/to	Juli 2016 €/to	Aug 2016 €/to	Sep 2016 €/to	Okt 2016 €/to	Nov 2016 €/to	Dez 2016 €/to
4016	11/15 - 438	07/15 - 486	460	426	400	410	418	448	459	464	480	472	502	
4113	11/15 - 510	05/15 - 623	526	501	474	485	496	546	585	576	594	587	623	
4301	10/15 - 985	01/15 - 1.327	927	872	827	869	853	914	903	1.013	1.089	1.027	1.101	
4310 *)	10/15 - 926	03/15 - 1.229	893	845	780	817	804	861	853	952	1.021	966	1.035	
4310Mo*)	10/15 - 951	03/15 - 1.291	899	849	807	845	835	907	919	1.004	1.071	1.018	1.088	
4404	01/15 - 1.928	12/15 - 1.332	1.231	1.189	1.134	1.191	1.172	1.289	1.334	1.450	1.548	1.473	1.571	
4509	01/15 - 530	07/15 - 580	573	540	517	525	532	560	571	577	593	586	618	
4521	12/15 - 652	02/15 - 811	676	661	633	646	659	730	798	381	795	791	831	
4539	12/15 - 2.350	01/15 - 3.588	2.121	2.064	1.976	2.087	2.034	2.238	2.311	2.560	2.750	2.599	2.774	
4571	12/15 - 1.352	01/15 - 1.959	1.248	1.204	1.150	1.207	1.187	1.305	1.349	1.469	1.570	1.493	1.592	
4828	10/15 - 1.259	01/15 - 1.752	1.170	1.102	1.047	1.102	1.073	1.144	1.123	1.287	1.391	1.306	1.403	

*) bei diesen Werkstoffen werden in der Regel noch Aufschläge für Präzisionsband erhoben

Edelstahlschrott

W-Nr.	höchst 2015 €/to	tiefst 2015 €/to	Jan 2016 €/to	Feb 2016 €/to	Mrz 2016 €/to	Apr 2016 €/to	Mai 2016 €/to	Jun 2016 €/to	Juli 2016 €/to	Aug 2016 €/to	Sep 2016 €/to	Okt 2016 €/to	Nov 2016 €/to	Dez 2016 €/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	Apr. 390	Nov. 210	200	190	200	190	190	210	220	220	210	215		
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	Mai 1.200	Nov. 750	740	750	780	760	750	770	810	820	810	840		
Cr-Ni-Mo-Stähle (V4A*) z.B.4404/4571	März 1.680	Dez. 1.040	1.000	1.020	1.060	1.050	1.000	1.010	1.080	1.100	1.100	1.150		

*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta

Das KGW-Team